

**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: Direktorium	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): D-I-ZV	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Entfristung der Stelle B 421837 im Direktorium und Umwidmung von Kapazitäten mit Zweckbestimmung		

<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:</b>		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung:		
<p>DIR benötigt diese Stelle für Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben, weil D-I-ZV stadtweit konzeptionell-koordinierend handelt. D-I-ZV führt wesentliche Serviceleistungen für die Stadtspitze und den Stadtrat aus.</p> <p>Die eingerichtete Stelle ist gemäß Stadtratsbeschluss vom 29.07.2015 bis 14.09.2019, aktuell verlängert bis 31.12.2019, befristet. Die Stelle wurde unmittelbar aus D-I-ZV durch die Mitarbeiterin besetzt, die bereits seit dem Frühjahr 2014 mit der seinerzeit sehr akuten ALB-Thematik befasst war. Damit konnten die Arbeiten zur Bekämpfung des ALB nahtlos und ohne Wissensverlust fortgeführt werden. Die dadurch vakante Stelle wurde nicht mehr nachbesetzt und Ende 2015 vollständig eingespart. De facto hat das Direktorium für diese neue Aufgabe keine zusätzliche Ressource erhalten. Die Aufgaben der eingesparten Stelle sind aber bei D-I-ZV geblieben. Sie werden im Wesentlichen durch die Mitarbeiterin wahrgenommen. Beispiel: Geschäftsverteilungs- und Aufgabengliederungsplan (GVAGP), Verbindungsstelle zu den interkommunalen Einrichtungen (Bayerischer und Deutscher Städtetag und KGSt). Komplexe Aufgaben kommen hinzu. Beispiel: Erstellung und Koordination der neuen Dienstanweisungen-Katastrophenschutz und DA-Stab Außergewöhnliche Ereignisse einschließlich Sitzungsvorlage zur Geschäftsverteilung. Dies ist Koordination des Vollzugs des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG) als Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises. Aufgaben wie diese sind Daueraufgaben, die sonst keine Stelle bei der Landeshauptstadt München wahrnimmt.</p> <p>Die ALB-Aufgabe ist eine bürgernahe Entscheidung. Die Stadtratsentscheidung zum ALB dient als freiwillige Aufgabe der unmittelbaren Bürgernähe: Information und Koordination. Die bürgernahe Stadtratsentscheidung war zudem Wunsch des Freistaats Bayern. Die Stelle ist zeitlich begrenzt, aber kein Ende invasiver Bedrohungslage absehbar. Der Befall kann angesichts des wachsenden Welthandelsvolumens jederzeit wieder auftreten. Auch durch die koordinierten Maßnahmen der Landeshauptstadt München trat keine erhebliche Ausdehnung des ALB-Befalls ein. Das Aufgabenspektrum hat sich von der Konzentration auf den ALB zur Koordination komplexer Aufgaben verschoben (siehe 1.3). Deshalb ist die Aufhebung der Zweckbestimmung und Umwidmung der 1,0 VZÄ-Stelle für die nachhaltige dauerhafte Erfüllung der Aufgaben in D-I-ZV erforderlich. Die Stelle wird zum ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte dauerhaft benötigt (Art. 42 Abs. 1, 56 Abs. 2 GO). Die Umwidmung und Entfristung dieser Stelle ist für den nachhaltigen und dauerhaften ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte geeignet, erforderlich und angemessen.</p>		

<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung: Verschiebung des Aufgabenspektrums. Verringerung Zeitanteil der Verwaltungskoordination inklusive Kostenüberwachung ALB zu Gunsten eigenverantwortlicher Bearbeitung fachlich übergreifender, innovativer und komplexer sowie sonstiger Themen bzw. qualifizierter Mitwirkung oder Konfliktlösung im Einzelauftrag des Oberbürgermeisters bzw. des Stadtrats (z.B. Stadtratsanträge; Koordinierung Konzeption DA-KatS, DA-SAE, inklusive Beschlussvorlagen, Stadtratsanfragen).		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 Zahlungen gesamt</b>	<b>2020 - 2024</b>
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	274.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
<b>2.2 konsumtiv</b>	<b>Planjahr 2020</b>
2.2.1 Einzahlungen	<b>0 €</b>
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	<b>30.800 €</b>
2.2.2.1 Personalauszahlungen	30.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
<b>2.3 investiv</b>	<b>Planjahr 2020</b>
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

<b>3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?</b>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> Nein , da strategisch-konzeptionelle Aufgaben
--	-----------------------------	--

<b>4. Geltend gemachter Bedarf</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1	Entfristung einer vorhandenen Stelle	QE 3, VD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

<b>5. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

<b>6. Refinanzierung</b>	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %: